

Wie ein Phönix aus der Asche? Politisches Management in Zeiten der Krise (von Sylvia Meyer)

Kaum im Amt, muss Juan Manuel Santos den Wiederaufbau des Landes nach einer der schwersten Naturkatastrophen Kolumbiens managen. Die tatsächlichen Folgen der Überschwemmungen in vielen Regionen Kolumbiens sind noch nicht absehbar, der Regen soll laut Prognosen durch ein ausgedehntes „La Niña“ Phänomen auch noch bis Mitte 2011 andauern. Der Sachschaden könnte mittelfristig bis zu 12 Billionen Pesos betragen, ungefähr 2,2 Millionen Menschen sind betroffen. Doch der Präsident will aus der Not eine Tugend machen.

Derzeit betont Santos die Chance auf eine infrastrukturelle Revolution und ökonomisches Wachstum. Doch für das Krisenmanagement braucht er auch die Unterstützung der Privatwirtschaft. Angesichts der schwere der Notlage in mindestens zehn von 32 Departements und der Überflutung von weiten Teilen der Landesfläche beschloss die Regierung zudem die Ausrufung des Katastrophenalarms und die Erklärung des Notstandes: Dies erlaubt einerseits juristisch schnelleres Handeln, andererseits aber auch die Vorantreibung seit längerer Zeit geplanter Projekte. Allein im Dezember 2010 ergingen 25 Dekrete.¹ Zwar treffen auch von ausländischen Regierungen Hilfsgüter und Gelder ein, um die Betroffenen zu unterstützen und die akute Not zu lindern, auch Hilfsorganisationen sind aktiv. Doch die Kapazitäten sind begrenzt und können bei dem Ausmass der Katastrophe nur einem Bruchteil der Betroffenen helfen.

Kolumbiens Regierung beschloss daher, beschlagnahmte Drogengelder für Notmassnahmen zu verwenden. Steueranpassungen bei ca. 32'000 der reichsten Bürger sollen zudem dazu beitragen, Notunterkünfte zu finanzieren. Innerhalb von vier Jahren möchte die Regierung so 3,3 Billionen Pesos bereitstellen.² Geplant ist darüber die Anlage eines „Fonds für Anpassung und Wiederaufbau“, der mit dem Verkauf von zehn Prozent der staatlichen Aktien der kolumbianischen Erdölfirma Ecopetrol finanzieren werden soll. Darüber hinaus wurde auch der Katastrophenfonds aufgestockt.

Ex-Bankchef als Verwalter?

Den Wiederaufbau, nach Medienberichten das gewaltigste Megaprojekt der letzten 50 Jahre, kann die Regierung nicht alleine bewältigen. Daher suchte sie nicht nur Unterstützung bei sozialen Organisationen und ausländischen Regierungen sondern setzte für das strategische Management auf die Jorge Londoño, 14 Jahre lang Chef der Bancolombia. Ihm als Verwalter des Wiederaufbaus und der immensen Geldmittel, steht ein paritätisch besetztes Direktorat zur Seite. Um die öffentlich-private Zusammenarbeit zu stärken, besteht es aus Regierungsmitgliedern und Wirtschaftsvertretern: Letztere waren schon Vorstandsmitglieder des Fonds für den Wiederaufbau des Kaffeedreiecks (FOREC) und zeichnen für die erfolgreiche Krisenbewältigung anlässlich des Erdbebens im Jahr 1999 verantwortlich: Manuel Santiago Mejía, Luis Carlos Villegas, Arturo Calle und Antonio Celia. Finanzminister Juan Carlos Echeverry, Innenminister Germán Vargas Lleras, der Chef der nationalen Planung Hernando José Gómez und der Generalsekretär des Präsidenten Juan Carlos Pinzón komplettieren das Direktorat.

¹ Eine Übersicht über die wichtigsten Dekrete: <http://www.lasillavacia.com/historia/ocho-claves-de-los-decretos-de-emergencia-que-estudiara-el-congreso-21047>

² Auf Vermögen von einer bis zwei Milliarden Pesos sollen ein Prozent betragen. Besitzer von zwischen zwei und drei Milliarden Pesos zahlen 1,4 Prozent. Wer zwischen 3 und 5 Milliarden besitzt, soll 2,4 Prozent Steuern zahlen sowie einen Steuerzuschlag von 25 Prozent. Für 5 Milliarden Pesos beträgt der Steuersatz 4 Prozent und der Steuerzuschlag ebenfalls 25 Prozent.

Die Phasen des Wiederaufbaus

Für die ersten beiden Phasen des Wiederaufbaus sollen fünf Billionen Pesos bereit gestellt werden, um Hilfsmassnahmen durchzuführen: Obdachlose brauchen Unterkünfte, denn nach Regierungsangaben vom 10. Dezember waren damals allein ca. 3.614 Wohnungen durch Überschwemmung oder Erdbeben komplett zerstört, 316.114 beschädigt.³ Die Menschen brauchen zudem Zugang zu Gesundheitsversorgung. Nahrungsmittel fehlen teilweise und im ganzen Land steigen die Lebensmittelpreise. Das Landwirtschaftsministerium meldete 70'000 tote Rinder, die Verluste beim Geflügel sind noch zahlreicher, 300'000 Tiere verendeten. Viele landwirtschaftliche Flächen sind gänzlich zerstört, vorzeitige Ernten senkten zudem die Produktivität. Die Infrastruktur muss notdürftig repariert werden, mindestens 385 Strassen waren bereits im Dezember gesperrt oder nur eingeschränkt nutzbar. Die Ufer der Flüsse Sinú, Magdalena, Cauca, und San Jorge müssen gesichert werden.

Wenn diese Aufgaben erfüllt sind, soll die dritte und wohl schwierigste Phase erfolgen: die Modernisierung. In dieser Phase sollen auch grössere Infrastrukturprojekte realisiert werden.⁴ Finanzieren soll diese der Fonds für Anpassung und Wiederaufbau. So soll Kolumbien durch eine infrastrukturelle Revolution aus der Katastrophe wie der Phönix aus der Asche aufsteigen. Die Regierung träumt von neuen Flughäfen, Tunnels, zweispurigen Streckenabschnitten und neuen Brücken träumt, um die Wettbewerbsfähigkeit Kolumbiens zu steigern: Die Weltbank und die Interamerikanische Entwicklungsbank (IDB) arbeiten mit einer technischen Equipe zusammen, um Prioritäten zu definieren und langfristig Infrastrukturprojekte durchzusetzen. Auch die nötige Anpassung an den Klimawandel soll in diesen Projekten bedacht werden. Eine bessere Sicherung der Flussufer und die Umsiedlung von Menschen in Zonen in denen besonderes Risiko besteht, hat die Regierung sich auf die Fahne geschrieben. Bis es jedoch soweit ist, könnten acht Jahre ins Land ziehen.

Wie kann man Korruption minimieren?

Eine der grössten Herausforderung des Katastrophenmanagements liegt in der Berücksichtigung der regionalen Gegebenheiten. Die Überschwemmungen haben in den verschiedenen Departements unterschiedlich starke Schäden hinterlassen. In den Departements an der Karibikküste wurden bereits eigene Auswertungen vorgenommen, allein dort sollen mehr als die Hälfte der Schäden und Betroffenen anzutreffen sein.

Doch die Forderungen aus den Regionen bergen auch Potential für Eifersüchteleien. Zudem ist Korruption in vielen Gemeinden an der Tagesordnung. Nicht zu Unrecht taucht unter diesen Bedingungen die Frage auf, inwieweit es gerade im Regionalwahljahr möglich sein soll, eine transparente und nicht durch politische Ränke getriebene Verwaltung der Mittel sicher zu stellen. Der Kongress bat jüngst die Regierung um effektive Massnahmen, zur Verhinderung von Korruption und der so genannten *politiquería* sowie um harte Strafen im Falle des Missbrauchs von Geldern für Nothilfe und Wiederaufbau.⁵

Die NGO Transparency International wurde gemeinsam mit den Beratungsfirmen Kroll und Kpmg beauftragt, einen transparenten Mittelabfluss zu überwachen. Der Verwalter des Katastrophenfonds, Murillo, betonte besonders die Bedeutung der Bürgermeister bei der transparenten Verwendung der Mittel. Diese könnten am besten die Bedürfnisse in ihren Gemeinden einschätzen und sollten daher Listen mit Bedarfsgütern anfertigen. Bei der Verwaltung sollten sie mit dem Roten Kreuz, der Polizei oder dem Heer zusammen arbeiten. Inwieweit die letzten beiden Empfehlungen wirklich geeignet sind, Korruption zu verhindern, ist mehr als fraglich.

³ <http://www.botschaft-kolumbien.de/paginasnoticias/emergencia-invernal.htm>

⁴ http://es.noticias.yahoo.com/12/20101230/tbs-colombia-vendera-acciones-de-ecopetr-5268574_1.html

⁵ <http://www.semana.com/noticias-politica/congreso-exige-endurecer-penas-corrupcion-ayudas-invierno/150334.aspx>